

SATZUNG UND GEBÜHRENORDNUNG

der Stadt Eschborn über die Benutzung der Gemeindewaagen

in der Fassung des II. Nachtrags vom 03.12.2009 *

Aufgrund der §§ 5, 19, 20, 51 und 115 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) und der §§ 1, 2 und 10 des Hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben (Hess. KAG) vom 17.03.1970 (GVBl. S. 225) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Eschborn in der Sitzung am 10. Juli 1972 die nachstehende

Satzung und Gebührenordnung

der Stadt Eschborn über die Benutzung der Gemeindewaagen beschlossen:

§ 1

Bereitstellung der Gemeindewaagen als öffentliche Einrichtung

Die Stadt stellt die Gemeindewaagen als öffentliche Einrichtung zur allgemeinen Benutzung bereit.

§ 2

Benutzungsrecht

Jeder Einwohner der Stadt ist zur Benutzung der Gemeindewaagen nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen berechtigt.

§ 3

Benutzungszeit

1. Die Benutzungszeiten werden von der Stadtverwaltung festgesetzt und öffentlich bekannt gemacht.
2. In dringenden Fällen kann gegen Entrichtung von Sondergebühren die Inanspruchnahme außerhalb der regelmäßigen Benutzungszeiten gestattet werden.

§ 4

Sonstige Benutzungsbedingungen

Die technischen Voraussetzungen für die Benutzung der Gemeindewaagen (höchstzulässige Belastung, Anfahrt, Parken und Abfahrt der Fahrzeuge, Voranmeldung bei einer größeren Anzahl von Wagen des gleichen Benutzers usw.) werden in einer Benutzungsordnung festgelegt und durch ortsübliche Veröffentlichung sowie durch Anschlag an den Standorten der Gemeindewaagen bekannt gemacht.

§ 5

Benutzungsgebühr

Zur Deckung der Kosten für die Errichtung und Unterhaltung der Gemeindewaagen wird für die Benutzung der Fahrzeugwaage je Wiegevorgang eine Benutzungsgebühr von € 2,00 erhoben.

§ 6

Zwangsmaßnahmen

(Geldbuße, Ersatzvornahme, Zwangsgeld)

1. Vorsätzliche und fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen Gebote und Verbote dieser Satzung können mit Geldbußen geahndet werden. Das Bundesgesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 25.03.1952 (BGBl. I S. 177) in der Fassung des Gesetzes vom 26.07.1957 (BGBl. I S. 861 und BGBl. II S. 713) findet Anwendung. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 73 des Bundesgesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Magistrat (§ 5 Abs. 2 HGO).
2. Die Befolgung der im Rahmen dieser Satzung und Gebührenordnung erlassenen Verwaltungsverfügung kann durch Ersatzvornahme (Ausführung der zu erzwingenden Handlung auf Kosten der Pflichtigen), durch Erwirkung von Duldungen und Unterlassungen oder durch Zwangsgeld nach Maßgabe der §§ 74, 75 und 76 des Hessischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes durchgesetzt werden.
3. Zwangsgeld und Kosten für Ersatzvornahme werden im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben.

§ 7

Rechtsmittel

1. Rechtsvorschriften gegen Maßnahmen aufgrund dieser Satzung regeln sich nach den Vorschriften über die Verwaltungsgerichtsbarkeit.

2. Die Einlegung von Rechtsmitteln hat keine aufschiebende Wirkung auf die Verpflichtung zur einstweiligen Zahlung der festgesetzten Abgaben.

§ 8

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

1. Diese Satzung und Gebührenordnung tritt am 01. Januar 1973 in Kraft.
2. Gleichzeitig verliert die Satzung und Gebührenordnung der Gemeinde Eschborn über die Benutzung der Gemeindewaage vom 09. November 1967 ihre Gültigkeit.

Eschborn, den 11. Juli 1972

DER MAGISTRAT

gez.: Wehrheim
Bürgermeister

Inkrafttreten	I.	Nachtrag	01.01.2002
* Inkrafttreten	II.	Nachtrag	01.01.2010